

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

AD 0202/2020 (DDI)

Dringlicher Auftrag Markus Baumann (SP, Derendingen): Unterstützung für Arbeitnehmende in Not, die aufgrund der Corona-Pandemie in Armut geraten (03.11.2020)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Unterstützungsmassnahmen für Arbeitnehmende bereitzustellen, die wegen der Corona-Pandemie in Not geraten.

Begründung 03.11.2020: schriftlich.

Viele Arbeitnehmende, die infolge der Corona-Krise Erwerbsausfall haben, erleiden jetzt Not. Dies, weil sie von Kurzarbeit betroffen sind, in mehreren Kleinstpensen (z.B. Reinigung, Betreuung etc.) arbeiten, die jetzt wegbrechen, keine, verzögerte oder reduzierte Leistungen erhalten oder ihre Stelle verlieren. In der Ausgabe der Solothurner Zeitung vom 20.10.2020 wird darüber berichtet, dass immer mehr Menschen in unserem Kanton auf die Unterstützung von Gratis-Lebensmittelabgaben angewiesen sind. Cornelia Sommer vom katholischen Sozialdienst Olten bestätigt darin: «Das sind Familien, die sich mit Einkommen um 3'500 Franken knapp über Wasser hielten und durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in Not gerieten. Diese Personen reihen sich nun mit Bezüglern von Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen und IV wöchentlich vor den Abgabestellen für Nahrungsmittel auf – sofern es ihnen gelingt, einen Bezugsschein für die begehrte Dienstleistung zu ergattern.».

Bereits im März dieses Jahres haben der Gewerkschaftsbund und die SP des Kantons Solothurn die Regierung auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. In einer Petition, die von über 400 Personen unterzeichnet wurde, forderten sie vom Regierungsrat eine Soforthilfe für die Betroffenen. An der Sitzung des Regierungsrates vom 19. Mai 2020 hat dieser beschlossen, dass er auf die Einführung einer zusätzlichen Massnahme verzichte. Dabei hat er auf Instrumente wie Kurzarbeitsentschädigung und schliesslich auf die Sozialhilfe verwiesen, welche aus seiner Sicht ein Existenzminimum sicherstelle.

Dem Bericht in der Solothurner Zeitung ist zu entnehmen, dass mit den sogenannten «Working Poor» eine neue «Kategorie» von Leuten zur Lebensmittelabgabe gekommen ist. Die Gutscheine für den Bezug von Gratis-Lebensmitteln ist jedoch beschränkt, und vermag den erhöhten Bedarf nicht mehr zu decken. Zudem seien die Zuwendungen der Lebensmittelindustrie rückläufig, was die Situation weiter verschärft.

Es kann und darf nicht sein, dass Menschen, die durch diese Corona-Pandemie Einkommenseinbussen erleiden müssen, nun zu Bittstellern bei sozialen Organisationen werden. Der Regierungsrat wird deshalb aufgefordert, umgehend zu handeln.

Unterschriften: 1. Markus Baumann, 2. Franziska Rohner, 3. Markus Ammann, Matthias Andregg, Simon Bürki, Urs Huber, Stefan Hug, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Thomas Marbet, Matthias Racine, Anna Rüefli, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Marianne Wyss, Nicole Wyss (17)